

Niederschrift

über die 31. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Mittwoch, **24.09.2008**, 16:00 Uhr,
Rjasan-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Werner Quante , Ursula Schaffstein , Florian Steinforth , Stefan Weber , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Manfred Engelmann , Elke Leiendecker , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Thomas Marczinkowski

von der FDP-Fraktion

Hans Varnhagen

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Fritz Pfau

von der Verwaltung

Dr. Wolf Heinrichs , Martin Schulze-Werner

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Dr. Rita Stein-Redent

Tagesordnung:

- | | | |
|------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0713/2008</u>
 | 2. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 28.12.2008 im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel |
| <u>V/0743/2008</u>
 | 3. | Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0007/2008 vom 21.01.2008 "Ausbildung geht vor! Ausbildende Betriebe bei der öffentlichen Auftragsvergabe besonders berücksichtigen" |
| <u>V/0746/2008</u>
 | 4. | Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom 26.11.2007 "Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht verhelfen - Bürgerfreundliches Verwaltungungsverfahren auch in Zukunft sicher stellen!"
Wegfall des Widerspruchsverfahrens durch das Zweite Bürokratieabbaugesetz |
| <u>V/0748/2008</u>
 | 5. | Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom 26.11.2007 "Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht verhelfen - Bürgerfreundliches Verwaltungungsverfahren auch in Zukunft sicher stellen!"; Konzept zum Beschwerdemanagement |
| | 6. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Zunächst gab Herr Dr. Heinrichs erläuternde Hinweise bezüglich der Presseberichte zum Thema „Missbrauch von Meldedaten“. Pressemeldungen, die den Eindruck erwecken, Kommunen hätten persönliche Daten von Bürgerinnen und Bürgern „verkauft“, seien unzutreffend. Auch in Münster würden Melderegisterauskünfte ausschließlich nach den Bestimmungen des Meldegesetzes NRW gegeben.

Des Weiteren teilte Herr Dr. Heinrichs mit, dass sich in der heutigen Sitzung Frau Schnell, die neue Kulturamtsleiterin, den Mitgliedern des Ausschusses hätte vorstellen sollen. Da Frau Schnell jedoch terminlich verhindert sei, werde Herr Dr. Heinrichs sie zur nächsten Sitzung einladen.

Keine weiteren Eingänge und Mitteilungen.

Punkt 2 der Tagesordnung V/0713/2008

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 28.12.2008 im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage (*Original als Anlage der Niederschrift*) beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 3 der Tagesordnung
VI/0743/2008**

Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0007/2008 vom 21.01.2008 "Ausbildung geht vor! Auszubildende Betriebe bei der öffentlichen Auftragsvergabe besonders berücksichtigen"

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig dem Hauptausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird kein „Runder Tisch für Ausbildung“ eingerichtet.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass eine Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben vergaberechtlich unzulässig ist.
3. Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0007/2008 vom 21.01.2008 (Anlage) ist damit erledigt.

**Punkt 4 der Tagesordnung
VI/0746/2008**

**Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom 26.11.2007 "Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht verhelfen - Bürgerfreundliches Verwaltungsverfahren auch in Zukunft sicher stellen!"
Wegfall des Widerspruchsverfahrens durch das Zweite Bürokratieabbaugesetz**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung
VI/0748/2008**

Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0049/2007 vom 26.11.2007 "Bürgerinnen und Bürger einfach zum Recht verhelfen - Bürgerfreundliches Verwaltungsverfahren auch in Zukunft sicher stellen!"; Konzept zum Beschwerdemanagement

Herr Pölling regte an, dem Ausschuss nach Ablauf eines Jahres über die Entwicklungen in diesem Themenfeld zu berichten.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Zusätzlich zu dem bestehenden „Management für Bürgeranliegen“ im Büro des Oberbürgermeisters, in Korrespondenz mit der bei den Fachämtern und Einrichtungen liegenden Verantwortung, wird kein Beschwerdemanagement eingerichtet.
2. Der Antrag A-R/0049/2007 der SPD-Fraktion vom 26.11.2007 ist damit zu diesem Punkt erledigt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten und Folgekosten entstehen.

Punkt 6 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Frau Leiendecker stellte eine Frage zu dem nunmehr vorliegenden Verkehrsgutachten. Ausdrücklich werde wiederholt darauf hingewiesen, dass an stark benutzten Kreuzungen die einzelnen Verkehrsteilnehmer voneinander getrennt werden sollten. Es sei daher nicht nachvollziehbar, warum dies gerade am Ludgerikreisel nicht beachtet werde. Herr Dr. Heinrichs erklärte, die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen.

Herr Varnhagen wies auf das Fahrradchaos im Bereich der Gaststätte „Bunter Vogel“ hin. Rund um die Baumscheiben würden Fahrräder – teilweise auch erkennbar defekte Räder – achtlos abgestellt. Ein solcher Zustand in der Innenstadt, insbesondere in unmittelbarer Nähe des Erbdrostenhofes sei nicht hinnehmbar. Herr Varnhagen erkundigte sich nach den Handlungsmöglichkeiten, das Chaos kurzfristig zu beseitigen und danach, ob es erlaubt sei, Fahrräder an Baumscheiben abzustellen. Herr Dr. Heinrichs sagte Prüfung und Bericht der Verwaltung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Pölling fragte nach der aktuellen Situation zu den Parkrechten auf dem Domplatz. Herr Schulze-Werner berichtete dazu und stellte im Ergebnis fest, dass dort geparkt werden dürfe.

Ende der Sitzung: 16:14 Uhr

Stefan Weber
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung